

KONFLIKTENTWICKLUNG AM BALKAN

Vladimir Šaponja

Zusammenfassung eines Vortrages an der Landesverteidigungsakademie Wien

Die Wurzeln der Konflikte im Südosteuropa der neunziger Jahre reichen in die zweite Hälfte des letzten Jahrzehnts, als Slobodan Milošević begann, mit aggressiver Selbstbehauptung eine Form der serbischen Hegemonie in Jugoslawien zu etablieren. Der Zerfall des Landes war die logische Folge dieser Politik. Die grundlegenden Bestrebungen nach wirtschaftlichem Fortschritt und gesellschafts-politischer Entwicklung wurden unterdrückt. Das serbische Regime hatte zudem die Armee unter seiner Kontrolle und setzte sie als Mittel zur Zielerreichung ein. Mit Hilfe einer nationalistischen Politik, die auch an die Angehörigen des serbischen Volkes in Kroatien und BiH gerichtet war, wollte Milošević ein Großserbien schaffen.

Der latente Konflikt im Kosovo verblieb lange Zeit im Schatten der Ereignisse in Kroatien und Bosnien. Die Konfliktentwicklung wurde auch durch die außerordentlich schlechte Sicherheitslage in Albanien gefördert. Alles in allem sind die Gründe für den Konflikt im Kosovo aber identisch mit denen, die zum Zerfall Jugoslawiens führten: aggressiver Nationalismus, die Verweigerung grundlegender Menschenrechte und serbisches Hegemoniestreben. Montenegro als die einzige verbliebene Republik in der Föderation und die Vojvodina haben in der jetzigen Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) noch weniger Rechte und Freiheiten als dies in Ex-Jugoslawien der Fall war. Die Politik Miloševićs führte sie in wirtschaftliche Stagnation und internationale Isolation, was den Ruin zur Folge hatte. Dies wurde in Montenegro und Kosovo erkannt und deshalb beschloß man dort, sich dieser Entwicklung entschlossen entgegenzustellen.

Die Lösung dieser sicherheitspolitisch gefährlichen Situation, die ganz Südosteuropa destabilisierte und noch immer enormes Spreng-potential in sich birgt – insbesondere hinsichtlich Mazedonien und Albanien – ist nur möglich, wenn die Beziehungen der Staaten, einschließlich der BRJ zu Kroatien und Bosnien, ganzheitlich geregelt werden. Das kann man unmöglich erwarten, solange in der BRJ Milošević – der eigentliche Erzeuger dieser Probleme – an der Macht ist.

Bis zur Stunde hat die internationale Gemeinschaft nur Blutvergießen verhindern und die grundlegende Sicherheit gewährleisten können – mit einer militärischen Intervention in BiH und Kosovo und der Aufstellung der SFOR- bzw. KFOR-Einheiten. Zweifelsohne waren diese Maßnahmen erfolgreich, sie können aber nur die erste Phase einer Strategie zur Stabilisierung der Sicherheitslage darstellen. Den demokratischen Kräften muß man mit verschiedenen Maßnahmen helfen und ihnen Unterstützung zur Behauptung der Demokratie zukommen lassen, die den gleichberechtigten Status aller ermöglichen kann. Nur auf solch einer Basis kann eine Absprache der Völker untereinander stattfinden, die ihnen kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung verspricht.

Die serbischen Hegemoniebestrebungen, die Unterdrückung der nationaler Identität und der Grundrechte waren im Kosovo am schlimmsten während des gesamten Bestehens Ex-Jugoslawiens. Ihren Höhepunkt erreichte die Unterdrückung mit dem Außerkraftsetzen der Verfassung von 1974, gemäß der Kosovo den Status einer autonomen Provinz hatte und den Albanern minimale Möglichkeiten zur selbständigen Ordnung ihrer gesellschaftlichen Beziehungen und das Wirksamwerden ihrer kulturellen Identität garantierte. Mit der Außerkraftsetzung verloren die Kosovaren diesen minimalen Schutz. 1968, 1971 und 1988 verlangten sie auf Demonstrationen den Republikstatus in Ex-Jugoslawien, der ihnen eine höhere Stufe an Gleichberechtigung in der Föderation ermöglicht hätte. Die Antwort auf die

Forderungen war 1974 die Anerkennung der Autonomie. Der darauf folgende Terror und die Beschneidung der Grundrechte hat jedoch immer mehr die Bestrebungen nach völliger Unabhängigkeit Kosovos gestärkt, die seit dem Zweiten Weltkrieg durchgehend in einem bestimmten Teil der albanischen Bevölkerung präsent waren. In den neunziger Jahren wurde es immer offensichtlicher, daß die gemäßigte Politik Rugovas unter dem Regime Milošević keine Perspektiven hat.

Diese Lage regte die Gründung der UÇK an und unter ihrer Führung einen allgemeinen bewaffneten Aufstand der Kosovaren. Das Chaos in Albanien 1998, das sogar die Intervention einer internationalen Friedenstruppe nach sich zog, ermöglichte die Aufstellung und Bewaffnung der UÇK sowie ihre logistische Unterstützung und ein sicheres Hinterland für die Ausbildung ihrer Truppen. Um den Aufstand zu zerschlagen, reagierte Milošević nicht nur mit der Entsendung des Militärs und der Polizei, sondern auch mit dem Einsatz paramilitärischer Einheiten, die Massaker unter der albanischen Bevölkerung anrichteten und mit Mitteln der Masseneinschüchterung den Exodus der Kosovaren verursachten. Die internationale Gemeinschaft reagierte zunächst mit einer präventiven Diplomatie und verhandelte das Abkommen von Rambouillet, das nicht nur Waffenstillstandsbedingungen beinhaltet, sondern auch eine Lösung der zukünftigen Stellung Kosovos im Gesamtgefüge der BRJ. Diese verfassungsmäßige Lösung sollte es den Kosovaren ermöglichen, weiterhin im Rahmen der BRJ zu leben.

Der Krieg im Kosovo und die Verbrechen an der albanischen Bevölkerung vertieften das Mißtrauen zwischen Kosovaren und Serben. So sind wir auch nach Eintreffen der KFOR-Truppen – trotz der Bemühungen für die Sicherheit aller – tagtäglich Zeugen von Massenaussiedlungen jener Menschen, die von albanischen Extremisten eingeschüchtert wurden und werden.

Es steht zu erwarten, daß die UÇK eine Politik in Richtung Unabhängigkeit des Kosovo verfolgen wird, was allerdings nicht im Interesse der internationalen Gemeinschaft sein kann. Die übrigen politischen Kräfte, vor allem jene um Rugova, stehen im Hintergrund und haben vorerst nicht den erwünschten Einfluß. Im Augenblick hat in der breiteren Volksmasse zweifelsohne die UÇK den größten Einfluß mit ihrer Politik für ein unabhängiges Kosovo, das zudem noch ethnisch "rein" sein wird. Unter den Kosovaren herrscht bereits die Überzeugung vor, daß die UN und KFOR zwei Aufgaben haben: einerseits die Hilfestellung bei der Bildung von staatlichen Institutionen und andererseits die Konstitution Kosovos als selbständigen Staat. Nun kann eine unterschiedliche Begriffsauffassung zu einem Konflikt zwischen Kosovaren und der internationalen Friedenstruppe bzw. UNMiK führen.

Aus diesem Grund wird es umso wichtiger sein, daß es in Serbien frühestmöglich zu Veränderungen kommt, die demokratische Kräfte an die Macht bringen. Jene sollten sich wiederum dazu bereit erklä-ren, auf der Basis von Gleichberechtigung mit den Kosovaren über die Regelung der Beziehungen zu verhandeln. Nur so ist ein gemeinsames Leben im Rahmen der BRJ möglich.

Die Provinz Kosovo lebte in den vergangenen Jahren im völligem Chaos: die öffentlichen Dienste funktionierten nicht, die grundlegenden Staatsangelegenheiten blieben ungeordnet. Eine erneute Volkszählung und die Ordnung der staatsbürgerlichen Angelegenheiten wäre dringend notwendig. Infolge der Krise in Albanien und der schlechtgesicherten Grenze zum Kosovo war der Personenzustrom enorm. Ein zusätzliches Problem liegt darin, daß eine Welle des organisierten Verbrechens über die albanische Grenze in den Kosovo schwappte. Die instabilen sicherheitspolitischen Verhältnisse in Albanien, insbesondere im nördlichen Teil, könnten die Verhältnisse im Kosovo sehr rasch zum Schlechten verändern. Eine wirk-same Grenzkontrolle wäre notwendig, um solch negativen Einflüsse einzudämmen. In diesem Sinne sind die Bestrebungen der UN-Ver-waltung zur Bildung von kosovarischen Polizeikräften zu begrüßen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Flüchtlingsrückkehr der Serben und Roma. Jene Familien, die zum Verlassen der Provinz gezwungen wurden, werden noch in Generationen die Rückkehr in ihre Häuser und die Rückgabe ihres Vermögens verlangen. Dies wird wiederum die Bildung verschiedener extremistischer Organisationen anregen, die zum Fundament eines neuen Terrorismus werden könnten. Ebenso ist die Aufklärung von Verbrechen notwendig, insbesondere solcher Verbrechen, die rassistisch motiviert sind. Ohne die Bestrafung der Schuldigen wird sich auch weiter das Konzept der Kollektivschuld verfestigen – und damit verbunden der kollektive Haß. Für eine nachhaltige Stabilisierung der Sicherheitslage sind das denkbar schlechte Voraussetzungen.

In den vergangenen Jahren der totalen serbischen Herrschaft im Kosovo wurden das Ausbildungssystem und das Gesundheitswesen zerstört. Diese Systeme bedürfen nicht nur einer infrastrukturellen Erneuerung, sondern auch einer inhaltlichen. Ausbildungsprogramme müssen die junge Generation zu Duldsamkeit und Toleranz erziehen, nicht aber zum ethnischen Haß und zur Rachsucht. Weiter ist Kosovos Wirtschaft völlig zerstört. Die Bevölkerung erhält sich heute von den restlichen Ersparnissen der Familien und Freunde aus Westeuropa sowie aus kriminellen Tätigkeiten: Waffenhandel, Drogen etc. Der Stabilitätspakt ist deshalb ein bedeutender Beitrag und Faktor zur Stabilisierung der Verhältnisse, wenn er sich dieser Probleme annimmt.

□ Montenegro stellt im Gesamtbild der Region einen Lichtblick dar und fordert berechtigterweise internationale Unterstützung. Montenegros derzeitige Bestrebungen beeinflussen sehr positiv eine langfristige Regelung der Verhältnisse innerhalb der BRJ. Eine sofortige Abspaltung Montenegros würde hingegen erneut zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage führen. Bei einer solchen Lageentwicklung würde Miloševićs Regime sofort militärisch intervenieren, was wiederum ein Eingreifen der internationalen Gemeinschaft fordern und zu neuem Blutvergießen führen würde. Angesichts der Uneinigkeit der serbischen Opposition, die als einzige Veränderungen in Serbien (und einen demokratischen Dialog mit Montenegro) erreichen kann, erhöht sich die Gefahr, daß Präsident Dukanović dem Teil der Bevölkerung nachgeben muß, der die sofortige Abspaltung fordert. Die Unterstützung der serbischen Opposition ist deshalb für die Stabilisierung der Verhältnisse von entscheidender Bedeutung. Darüber hinaus ist es wichtig, daß Montenegro in den Stabilitätspakt und auch in andere Formen der Wirtschaftshilfe eingebunden wird, da sich nur so Montenegro von der BRJ wirtschaftlich lösen kann. Zudem eröffnet man Dukanović einen größeren Spielraum für die Verhandlungen über die Neuordnung der Föderation. Gegenwärtig kämpft Montenegro also nicht nur für die eigenen Interessen, sondern fördert auch den Frieden und die Stabilität in der gesamten Region.

In den folgenden Phasen der regionalen Stabilisierung wird es unbedingt notwendig sein, die demokratischen Kräfte in Serbien und die Machtübernahme durch diese zu fördern. Eine verantwortungsvolle und schwierige Aufgabe wird die Schaffung öffentlich-rechtlicher, ökonomischer und politischer Institutionen und deren Funktionieren im Einklang mit internationalen Standards und anderen zivil-gesellschaftlichen Werten Europas.

Bei den Kosovaren darf nicht der Eindruck entstehen, daß die inter-nationale Gemeinschaft Kosovo für die Unabhängigkeit vorbereitet. Sie soll weiterhin im Rahmen einer veränderten jugoslawischen Föderation auf einem multi-ethnischen Kosovo bestehen. Schrittweise soll so Serbien in die Maßnahmen des Stabilitätspaktes miteinbezogen werden. Eine völlige Isolation würde sich mit der Zeit äußerst negativ auswirken.

Vladimir ŠAPONJA
Sicherheitspolitischer Berater
des slowenischen Verteidigungsministers